



Samstag, 30. November 2024, 15:58 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Die unvollendete Demokratie

Der Theorie nach geht die Macht in repräsentativen Demokratien vom Volk aus — in der Praxis läuft es häufig auf Elitenherrschaft (fast) ohne oder gegen die Bürger hinaus. Zeit, sich auf Alternativen zu besinnen. Teil 2 von 2.

von Heinrich Leitner
Foto: Pixelvario/Shutterstock.com

„Wir“ sind in der Demokratie angeblich der Souverän.

Warum fühlt es sich dann nicht so an? Eher findet sich der Bürger als Spielball von Macht- und Geldinteressen wieder, was ihm durch Dauermanipulation schöngeredet wird. Er wählt alle vier Jahre in einem Akt von resignativem Pflichtbewusstsein ein „kleineres Übel“, um diesem dann bis zur nächsten Wahl weitgehend hilflos ausgeliefert zu sein. Verdient also die Demokratie den guten Ruf, der ihr in den Augen derer zukommt, denen sie eine Karriere ermöglicht? Die meisten Menschen scheuen sich in der Regel, sie grundsätzlich infrage zu stellen, da sie sich außer Spielarten eines politischen, militärischen oder religiösen Despotismus eigentlich keine Alternative vorstellen können. Dabei ist die Geistesgeschichte voll von erhellender Demokratiekritik und inspirierenden Anregungen, wie man es besser machen könnte. Die Philosophin Hannah Arendt etwa gab mit Blick auf das Wesen von Revolutionen eine erstaunliche Empfehlung. In Zeiten, in denen wir verstärkt unter einem unfähigen oder auch unwilligen politischen Personal zu leiden haben, empfiehlt es sich, nach Alternativen oder zumindest Modifikationen des Bestehenden zu suchen. Es geht nicht um die Abschaffung von Demokratie, sondern um eine wirkliche Rückkehr der „Staatsgewalt“ zum Volk, von dem sie gemäß dem Grundgesetz ja angeblich ausgeht.

Die Unzulänglichkeit der repräsentativen Demokratie

Darin stehen sie in einer langen Tradition derjenigen, die die Demokratie als Verfallsform des Politischen betrachteten. Diese Kritik findet sich nicht nur bei engstirnigen Eliten, die die Macht nicht den wankelmütigen „Vielen“ überlassen und sie lieber in den Händen einiger weniger Oligarchen lassen wollten, die das politische Geschehen eh durch Einfluss und Reichtum dominieren. Gerade Republikaner waren und sind nicht selten keine Anhänger der Herrschaft des Demos, der oft durch Armut und Elend gezeichneten „Massen“. Die Herrschaft eines weitgehend „unpolitischen“ Volks endet leicht in Tyrannei – der Mehrheit über die Minderheit oder in der Wahl eines Tyrannen (1). Für die griechische Antike, der wir die demokratische Idee ja verdanken, galt nicht die Herrschaft (κρατία, kratia bzw. κρατεῖν, kratein) des Demos als die vorzügliche Form des Politischen – das konnte allenfalls, per definitionem, die Herrschaft der Besten sein, der Aristokratie.

Das Ideal der politischen Ordnung war vielmehr die Isonomie (ἰσονομία, isonomie), eine politische Ordnung, in der die Bürger gesetzlich gleichgestellt sind und sich in und durch die politische Ordnung als Gestalter der Polis begreifen. Hier ist nicht von kratein (κρατεῖν, herrschen) – wie in Demo-kratie oder Aristo-kratie, oder archein (ἄρχειν, führen, beherrschen), wie bei Olig-archie oder Mon-archie, die Rede. Es gilt vielmehr die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz.

Die entscheidende Pointe dabei ist, dass das Gesetz die Gleichheit nicht voraussetzt, sondern erst „herstellt“ oder schafft. Gleichberechtigung gründet nicht in der Gleichheit der Individuen, sie ist vielmehr Gleichheit der Ungleichen vor dem Gesetz. Die Menschen sind von Natur (φύσει, phusei) nicht gleich, sie unterscheiden sich in vielerlei Hinsichten, die auf ihr Miteinander-Sein entscheidenden Einfluss hat: Sie sind Männer oder Frauen, Erwachsene, Kinder oder Alte, athletische Kräftige oder asthenische

Flinke, unterscheiden sich nach Herkunft und in ihren Talenten und Temperamenten (2). Sie sehen von ihren natürlichen, im Sinne von „vorphysischen“ Ungleichheiten ab und machen sich gleich im Hinblick auf eine „übernatürliche“ Ordnung, das Gesetz (νόμος, nomos), das sie sich geben oder anerkennen (3).

Menschen werden durch rechtliche Anerkennung zu Bürgern und schaffen so den politischen Raum, der ihnen zugleich ihre Ungleichheit sichert und Pluralität ermöglicht.

Politisches Handeln ist Teil ihrer bürgerlichen Existenz.

Volkssouveränität hat nicht die Form einer parlamentarischen Demokratie, die politisches Handeln auf Wahlen verkürzt. In ihr kommt es zu der, aus antiker Sicht „perverse“ Situation, in der „zwar alle Macht vom Volke stammt, das Volk aber diese Macht nur am Wahltag besitzt, wonach sie Eigentum der Regierenden wird“ (4). Die Wähler kommen am Tag der Wahl nur zusammen, um sich ihrer Macht zu entledigen (5).

Jefferson und die anderen Gründungsväter setzen dagegen auf eine direkte Beteiligung der Bürger. Politisches Handeln ist Zeichen der „bürgerlichen“ Freiheit und ein konstitutiver Teil einer gelingenden Lebensführung, so „daß keiner ‚glücklich‘ genannt werden kann, der nicht an öffentlichen Angelegenheiten teilnimmt, daß niemand frei ist, der nicht aus Erfahrung weiß, was öffentliche Freiheit ist, und daß niemand frei oder glücklich ist, der keine Macht hat, nämlich keinen Anteil an öffentlicher Macht“ (6).

Der Bürger bleibt der politisch Handelnde auch dort, wo sich die kleinen „communities“, wards, councils oder Räte zu größeren Einheiten zusammenfinden. Die politische Ordnung muss dabei wirksam von unten nach oben ausgerichtet sein. Jean-Jacques Rousseau formuliert das in *Der Gesellschaftsvertrag* von 1762 so: „Die Abgeordneten des Volkes sind also nicht seine Vertreter und können

es gar nicht sein; sie sind nur seine Beauftragten ...“ (7). Der repräsentative Parlamentarismus ist eine Verfallsform des Politischen, in dem der vermeintliche Souverän seiner Rechte verlustig geht.

„Das englische Volk“, so Rousseau, „meint frei zu sein; es täuscht sich außerordentlich; nur während der Wahlen der Parlamentsmitglieder ist es frei; haben sie stattgefunden, dann lebt es wieder in Knechtschaft, ist es nichts. Der Gebrauch, den es in den kurzen Augenblicken seiner Freiheit von ihr macht, verdient auch wahrlich, dass es sie wieder verliert“ (8).

Dass die Befürchtungen der Kritiker einer repräsentativen Demokratie nicht ganz unbegründet waren und sind, zeigt sich nicht zuletzt am Verfall der Glaubwürdigkeit, die den Parlamenten, Parteien und den Politikern entgegengebracht werden. Alexis de Tocqueville macht darauf bereits 1835 in *Über die Demokratie in Amerika* aufmerksam:

„Beim Herannahen der Wahlen denkt der Inhaber der Vollzugsgewalt nur noch an den bevorstehenden Kampf; er hat keine Zukunft mehr; er kann nichts unternehmen (...)

Immer muss man die Zeit, die der Wahl unmittelbar vorangeht (...) als eine Zeit der nationalen Krise betrachten, (...) vor dem festgesetzten Zeitpunkt wird die Wahl zur größten, sozusagen zur einzigen Angelegenheit, welche die Gemüter beschäftigt. Die Parteien verdoppeln nun ihren Eifer; sämtliche Parteileidenschaften (...) befinden sich von diesem Augenblick an in offener Erregung. Der Präsident seinerseits ist durch die Sorge um seine Behauptung voll beansprucht. Er regiert nicht mehr zum Wohl des Staates, sondern zum Vorteil seiner Wiederwahl; er neigt sich vor der Mehrheit und (...) kommt ihren Launen entgegen.

Je näher die Wahl heranrückt, desto lebhafter wird das Ränkespiel, die

Unruhe wächst und breitet sich aus. Die Bürger scheiden sich in mehrere Lager, deren jedes den Namen seines Anwärters übernimmt. Das ganze Volk wird von einem fieberhaften Zustand erfasst, die Wahl wird der tägliche Stoff der Presse, der Gegenstand der privaten Gespräche, das Ziel allen Tuns, der Inhalt aller Gedanken, das einzige Interesse der Gegenwart.

Sobald jedoch das Schicksal entschieden hat, verflüchtigt sich diese Aufregung, alles beruhigt sich, und der Strom, der für einen Augenblick über die Ufer trat, kehrt friedlich in sein Bett zurück“ (9).

Inzwischen kann man mit Colin Crouch (geboren 1944) von einer „Postdemokratie“ sprechen:

„Der Begriff bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt. (...) Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle. (...) Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten“ (10).

Der Politikbetrieb gleicht einer großen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Politiker brauchen Massenmedien als „Fabrikanten“ der öffentlichen Stimmung, die sie in Amt und Würden bringt, und die Medien brauchen Stoff aus dem Politiktheater, den sie für die Produktion von Aufmerksamkeit nutzen können.

Die Massenmedien sind vor allem eins: Unternehmen. Unternehmen sind keine Wohlfahrtsinstitute, sie haben Gewinninteressen. Und sie können in der Regel nur Gewinn machen, wenn sie den

Bedürfnissen ihrer Kunden mehr oder weniger gerecht werden. Aber wer sind inzwischen ihre „Kunden“? Bundesligavereine spielen nicht mehr für ihre Fans und auch nicht für die zahlenden Zuschauer; sie spielen für die Sponsoren und für die Verbesserung der Aufmerksamkeitsreichweite, die weitere Sponsoren anziehen. Zeitungen und Zeitschriften durchlaufen einen ähnlichen „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (11): Ursprünglich im Dienst des Lesers, die „öffentliche Meinung“ zu spiegeln und ihr als Teil der bürgerlichen Emanzipation Gehör zu verschaffen, sind sie inzwischen im Überlebenskampf und deshalb vor allem am Verkauf ihrer Werbeflächen interessiert. Sie konkurrieren darum, die rentabelsten Werbeflächen für industrielle Großkunden und Milliardär-Influencer bereitzustellen.

Die politische Klasse speist sich zu einem Großteil aus Leuten, die in ihrem beruflichen Leben meist nichts anderes gemacht haben als eben Politik. Zur Absicherung ihrer „Weiterbeschäftigung“ beschäftigen sie ein Heer von Beratern aus Unternehmensberatungen, Thinktanks und Forschungsinstituten, die den Massenmedien passenden Stoff für rentable Berichterstattung liefern.

Revolution oder: Zurück zum Politischen

Inzwischen gibt es eine ganze Reihe von Ansätzen, die diesen postdemokratischen Missständen etwas entgegensetzen: Konzepte einer „partizipativen“ oder „deliberativen“ Demokratie, die sich zum Beispiel auch auf Losverfahren zurückbesinnen, die sich seit der Antike als demokratische (!) Verfahren für die befristete Besetzung von politischen Ämtern bewährt haben (12). Dazu gehört eben auch die Rückbesinnung auf das Konzept der Räterepublik.

Roland Rottenfußler sieht beispielsweise in seinem Beitrag

Selbstbestimmung statt Stimmabgabe

(<https://www.manova.news/artikel/selbstbestimmung-statt-stimmabgabe>) das Rätssystem als Alternative zur repräsentativen Demokratie, die uns nur das Recht gibt „wählen zu dürfen, wer uns künftig tyrannisiert“ (13). Anders als „moderne Demokratien“, die nach dem Motto „Ich nehme deine Stimme und mache dann damit, was ich will“ funktionieren, setzt das „Rätssystem“ auf Selbstbestimmung der Bürger, die nicht delegiert werden kann und das politische Geschehen von unten gestaltet. Rottenfußler gibt dabei auch ein paar Hinweise „wie ein Rätssystem wirklich funktioniert“ – nämlich eines, das tatsächlich „im ursprünglichen Sinn“ von unten kommt und nicht wie die sogenannten „Bürgerräte“ von oben eingesetzt werden, um „Legitimationsprobleme“ des späten Spätkapitalismus und seiner Regierungen zu beheben.

Auch bei Marx, dem man, was die Form des politischen Handelns betrifft, zurecht eine theoretische Lücke nachsagt, findet sich eine klare Positionierung. In seiner Analyse der Pariser Aufstände von 1871 bewertet er die sich selbständig organisierenden Kommunalverwaltungen als „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen“ könne (14).

Das Scheitern der Räterepubliken

Aber das „Rätssystem“ sieht sich auch schwerwiegenden Bedenken ausgesetzt. Es wird mit politischen Versuchen kommunistischer Prägung verbunden, die allesamt meist äußerst blutig gescheitert sind. Hannah Arendt spricht von der „seltsame[n] und traurige[n] Geschichte des Rätessystems“, obwohl es – so Hannah Arendt – die „einzige Staatsform“ ist, „die unmittelbar aus dem Geist der Revolution entstanden ist“ (15) und dem „Wesen des Politischen“ am

besten zu entsprechen scheint. In Europa entwickelten sich in fast allen Revolutionen spontan Räteysteme. Allerdings hatten die Räteverfassungen nur eine kurze Lebenszeit. Keine konnte sich dauerhaft etablieren und viele endeten, kaum dass sie richtig begonnen hatten. Auch Roland Rottenfußer schildert das blutige Ende einiger namhafter Versuche, Räte zum Zentrum der politischen Ordnung zu machen: das Niederschlagen der Pariser Kommune von 1871 und die Auflösung der Münchner Räterepublik von 1919 durch Freikorps. Sie sind nicht an ihren eigenen An- oder Widersprüchen zugrunde gegangen, sondern sind von „außen“ zerschlagen worden.

Von Hannah Arendt, die eher für links-liberale und keineswegs „revolutionäre“ Positionen steht, war die Forderung „Alle Macht den Sowjets“ nicht gerade zu erwarten. Anders als Rottenfußer sieht sie auch die Gefahr der inneren Zersetzung der Räte. So warnt sie mit Blick auf die Entwicklungen der Französischen Revolution nach 1789 und denen in Russland nach 1917/18 von der Korrumpierung der Räte durch gutmeinende Revolutionäre. „Die Verwandlung der Menschenrechte in die Rechte der Sansculotten ist der Wendepunkt der Französischen und aller ihr folgenden Revolutionen“, die dann zu Gewaltexzessen führt (16): 1 „Ich weiß wohl“, lässt Georg Büchner seinen Danton sagen, „die Revolution ist wie Saturn, sie frisst ihre eigenen Kinder“ (17). Und so wird auch das „eigentliche Merkmal der Sowjets“, nämlich „die Spontaneität ihrer Entstehung aus einem elementaren revolutionären Bedürfnis der Massen“, von wohlmeinenden „Berufsrevolutionären“ nur so lange gefeiert wie dort die „richtigen“ Weltanschauungen zum Tragen kommen.

Was, wenn die Räte „konterrevolutionäre“ Entscheidungen treffen? Nehmen wir etwas vereinfachend einmal an, die Sowjets/Räte möchten nicht gendern oder Autos mit Verbrennermotoren nicht verbieten? Sie möchten die Zuwanderung begrenzen und nur politisch Verfolgten Asyl gewähren? Hannah Arendt zitiert deshalb zustimmend Eugen Leviné, selbst Kommunist und einflussreicher

Akteur der Münchener Räterepublik von 1919: „Die Kommunisten treten nur für eine Räterepublik ein, in der die Räte eine kommunistische Mehrheit haben“ (18). Schnell suchen die „Erweckten“ nach Kontrarevolutionären und Heuchlern, Volksverführern und Verschwörungstheoretikern. Die Messlatte ist dann das woken Bewusstsein der Berufsrevolutionäre, der Besser-Meinenden und „Aufgeklärten“. Was das „Volk“ will, ist, wenn es den Aufgeklärten nicht mundet, eben Populismus. Die Volkssouveränität muss dem woken Zeitgeist entsprechen, sonst ist es keine und wird „ganceled“.

Man mag die Parole „Wir sind das Volk!“ mit Blick auf die institutionalisierten Regeln des demokratischen Rechtsstaats relativieren, belächeln, misstrauisch beargwöhnen oder als anmaßende Selbstermächtigung kritisieren. Im demonstrativen „Wir sind das Volk!“ bringen versammelte Bürger aber nicht nur ihre Kritik an der aus ihrer Sicht falschen Politik zum Ausdruck. Sie berufen sich auf die versichernde Botschaft demokratisch verfasster Gemeinwesen, dass alle Macht vom Volke ausgeht und sich nicht gegen es richten dürfe.

Das durfte in Ost-Berlin, darf aber im gesamtdeutschen Berlin nicht mehr gerufen werden. Das Volk darf nicht „falsch“ wählen, sonst ist es kein Volk mehr, sondern nur noch ein Haufen Verführter.

Raum für politisches Handeln

Die Schwächen der repräsentativen Demokratie und des „Partei(en)staats“ sind offensichtlich. Von deren Repräsentanten und Verteidigern werden sie als populistische Auswüchse abgetan. Die aus ihrer Sicht einzige Form von Demokratie soll unter dem Titel „wehrhafte Demokratie“ durch staatliche Kontrolle gesichert werden. Wehrhaft können Demokratien gegen äußere Bedrohungen

sein, nicht jedoch gegen das „eigene“ Volk – die Formulierung zeigt schon die Entfremdung, die der Repräsentation eigen ist. Wie sollte der Souverän gegen sich selbst vorgehen? Ingeborg Maus (*1937), eine Politikwissenschaftlerin aus Frankfurt und dem Umfeld von Jürgen Habermas (*1929) zuzurechnen, hat das als „**Exorzismus der Volkssouveränität** (<https://www.rhetorik-forum-nuernberg.de/exorzismus-der-volkssouveraenitaet/>)“ bezeichnet: Regierungsamtlich bestellte Heiler sollen dem Volk böse Geister austreiben, von denen sich die Staatsorgane delegitimiert sehen.

Wer die Gefahr des Populismus heraufbeschwört, stellt die repräsentative Demokratie selbst in Frage. Der Populismus zeigt ja vor allem, dass die Volksvertretung durch die politische Elite nicht mehr glaubwürdig scheint und ist selbst das Ergebnis einer fragwürdig gewordenen Repräsentation, die den Bürger nicht zum politischen Akteur macht: „Behandelt man den mündigen Bürger wie Stimmvieh, so wird er sich wie Stimmvieh verhalten“ (19).

Mahatma Gandhi (1869-1948) wird das Sprichwort zugeschrieben: „Was du für mich tust, aber ohne mich, das tust du gegen mich“ (20). Das scheint die repräsentative Demokratie ganz grundsätzlich in Frage zu stellen und andere Formen politischer Ordnung nahelegen.

Um der politischen Entfremdung der Bürger zu entkommen, hat Roland Rottenfußler jetzt empfohlen, auf die Erfahrungen von Rätssystemen zurückzugreifen:

„Wer eine Reform des häufig vereinfachend als ‚unsere Demokratie‘ bezeichneten Gebildes wünscht, sollte sich ernsthaft mit den aus der Geschichte bekannten Rätssystemen beschäftigen“ (21).

Das ist wohl auch die Empfehlung, die Hannah Arendt bereits in den

1960er Jahren gibt. Die Empfehlung geht auch an mich, denn ich gestehe, dass ich nicht wirklich weiß, was genau das Rätensystem und seine Ausrichtung „von unten nach oben“ ausmacht und wie sie umzusetzen ist. Neben der geschichtlichen Erfahrung von Räterepubliken werden heute auch andere Formen von partizipativer und deliberativer Demokratie diskutiert und erprobt. Dabei geht es darum, den Bürger selbst als politisch Handelnden zur Geltung zu bringen und zu stärken. Von Hannah Arendt können wir lernen, was politisches Handeln ausmacht und warum es, recht verstanden, unverzichtbarer und nicht delegierbarer Teil des gelingenden Lebens ist.



Heinrich Leitner, Jahrgang 1958, lehrte mehr als zehn Jahre Philosophie, unter anderem an der Universität Erlangen-Nürnberg und wechselte dann in die IT. Zuletzt war er im IT-Management einer großen Bundesbehörde tätig. Nun ist er seit einigen Jahren wieder philosophisch unterwegs und betreibt die Seite **Philosophisches zur Zeit** (<https://www.rhetorik-forum-nuernberg.de/>).